

Stand: 14.07.2025 00:57:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18482

"Subsidiarität Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung COM(2021) 420 final BR-Drs. 739/21"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18482 vom 20.10.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/18546 des BU vom 26.10.2021
3. Beschluss des Plenums 18/18652 vom 27.10.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 27.10.2021



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Franz Rieger, Josef Zellmeier, Alexander König, Martin Bachhuber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Harald Kühn, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung

COM(2021) 420 final

BR-Drs. 739/21

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung, COM(2021) 420 final, BR-Drs. 739/21, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sieht der Verordnungsvorschlag insbesondere vollharmonisierte Anforderungen in zentralen Bereichen der Geldwäscheregulierung vor (europaweit einheitlicher Katalog der geldwäscherechtlich Verpflichteten, einheitliche Anforderungen an deren interne Systeme, geldwäscherechtliche Sorgfaltspflichten, Verdachtsmeldewesen). Darüber hinaus wird die Einführung einer EU-weiten Barzahlungsobergrenze im Handel und bei Dienstleistungen in Höhe von 10.000 Euro vorgeschlagen.

Gegen den Vorschlag der Kommission bestehen erhebliche Bedenken. Zwar erfordert die effiziente Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung grundsätzlich einen EU-weiten Ansatz sowie effektive Maßnahmen. Der Vorschlag einer EU-weiten Barzahlungsobergrenze im Handel und bei Dienstleistungen in Höhe von 10.000 Euro verstößt jedoch gegen die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.

Eine EU-weite Barzahlungsobergrenze wäre ein schwerwiegender Eingriff in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten. Es obliegt den Mitgliedstaaten, wirksame Vorkehrungen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu treffen. So hat die Bundesrepublik

Deutschland mit weniger einschneidenden Maßnahmen reagiert. Meldepflichten wie § 43 Geldwäschegesetz (GWG) wurden geschaffen und in bestimmten Risikofeldern die geldwäscherechtlichen Sorgfalts- und Meldepflichten erweitert, z. B. im Edelmetallhandel oder bei Immobilientransaktionen. Eine einheitliche EU-weite Barzahlungsobergrenze ist hier nicht erforderlich. Auch wäre eine solche Einheitlichkeit in der Praxis ohnehin nicht gegeben, da nach dem Kommissionsvorschlag bestehende nationale Bargeldobergrenzen unterhalb der vorgesehenen Schwelle von 10.000 Euro ihre Gültigkeit behalten sollen.

Genauso obliegt es den Mitgliedstaaten, die Verwendung gesetzlicher Zahlungsmittel zu regeln und dabei die Verwendbarkeit der Euro-Banknoten und -Scheine als gesetzliches Zahlungsmittel zu bewahren. Eine einheitliche Regelung einer Barzahlungsobergrenze würde in diesen Gestaltungsspielraum und die Einschätzungsprärogative der nationalen Gesetzgeber eingreifen, die insbesondere die Europäische Zentralbank in der Vergangenheit immer wieder betont hat.

Solche Eingriffe wären bereits deshalb nicht zu rechtfertigen, weil es nach wie vor keine hinreichenden Belege für die Wirksamkeit einer Barzahlungsobergrenze gibt. Es fehlt der Nachweis, dass durch solche Obergrenzen, wie sie in einigen Mitgliedstaaten bereits existieren, organisierte Kriminalität, Terrorismusfinanzierung, Geldwäsche und Steuerhinterziehung tatsächlich eingeschränkt oder gar beseitigt werden können.

Nicht zuletzt würde die Einführung einer Barzahlungsobergrenze in die persönlichen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger, wie sie auch durch das europäische Recht geschützt sind, eingreifen. Außerdem würde diese zu Hemmnissen im Waren- und Dienstleistungsaustausch führen. Nicht zuletzt die Europäische Zentralbank betont den Stellenwert des Euros als Barzahlungsmittel für die Freiheit und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Die Einführung von europäischen Barzahlungsobergrenzen würde nicht nur die Verwendbarkeit der Euro-Scheine und -Münzen beschränken, sondern den Weg zu dem sprichwörtlich „gläsernen Menschen“ weiter ebnen. Durch die elektronische Nachverfolgbarkeit von unbaren Transaktionen würden die Gewohnheiten, Vorlieben, Neigungen und Wünsche des Einzelnen nachverfolgbar und könnten auch von Anbietern von Gütern und Dienstleistungen zur Bildung von Verbraucherprofilen herangezogen werden. Zudem würde die Einführung einer absoluten Bargeldobergrenze den Waren- und Dienstleistungsaustausch in den Fällen behindern, bei denen Bargeld als Sicherheitsmittel dient.

Neben der bayerischen Staatsregierung (vgl. Positionspapier vom 30. Mai 2017 zur EU-Konsultation „Beschränkungen für Barzahlungen“) hat sich auch der Bayerische Landtag stets gegen die Einführung von Barzahlungsobergrenzen ausgesprochen (vgl. Beschluss des Bayerischen Landtags vom 17. Februar 2016 betreffend „Keine Obergrenzen bei Bargeldzahlungen“; Beschluss des Bayerischen Landtags vom 17. Februar 2016 betreffend „Barzahler sind keine Verbrecher“; Beschluss des Bayerischen Landtags vom 12. April 2016 betreffend „Verfassungswidrige Bargeldobergrenzen verhindern – Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen“). Zuletzt hat der Bayerische Landtag diese Haltung in seinem Beschluss vom 14. Oktober 2021 „Bargeld erhalten – Keine Begrenzung der Bargeldzahlung“ nochmals ausdrücklich mit Blick auf den Verordnungsvorschlag bekräftigt.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/18482

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung
COM(2021) 420 final
BR-Drs. 739/21

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Franz Rieger**
Mitberichterstatter: **Florian Siekmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen (§ 83b Abs. 1 BayLT-GeschO). Eine Mitberatung durch andere Fachausschüsse ist nicht erfolgt.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 26. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungZustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Josef Zellmeier, Alexander König, Martin Bachhuber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Harald Kühn, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung

COM(2021) 420 final

BR-Drs. 739/21

Drs. 18/18482, 18/18546

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung, COM(2021) 420 final, BR-Drs. 739/21, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrates auf die Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden.

Im Einzelnen:

Für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sieht der Verordnungsvorschlag insbesondere vollharmonisierte Anforderungen in zentralen Bereichen der Geldwäscheregulierung vor (europaweit einheitlicher Katalog der geldwäscherechtlich Verpflichteten, einheitliche Anforderungen an deren interne Systeme, geldwäscherechtliche Sorgfaltspflichten, Verdachtsmeldewesen). Darüber hinaus wird die Einführung einer EU-weiten Barzahlungsobergrenze im Handel und bei Dienstleistungen in Höhe von 10.000 Euro vorgeschlagen.

Gegen den Vorschlag der Kommission bestehen erhebliche Bedenken. Zwar erfordert die effiziente Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung grundsätzlich einen EU-weiten Ansatz sowie effektive Maßnahmen. Der Vorschlag einer EU-weiten Barzahlungsobergrenze im Handel und bei Dienstleistungen in Höhe von 10.000 Euro verstößt jedoch gegen die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.

Eine EU-weite Barzahlungsobergrenze wäre ein schwerwiegender Eingriff in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten. Es obliegt den Mitgliedstaaten, wirksame Vorkehrungen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu treffen. So hat die Bundesrepublik Deutschland mit weniger einschneidenden Maßnahmen reagiert. Meldepflichten wie § 43 Geldwäschegesetz (GWG) wurden geschaffen und in bestimmten Risikofeldern die geldwäscherechtlichen Sorgfalts- und Meldepflichten erweitert, z. B. im Edelmetallhandel oder bei Immobilientransaktionen. Eine einheitliche EU-weite Barzahlungsobergrenze ist hier nicht erforderlich. Auch wäre eine solche Einheitlichkeit in der Praxis ohnehin nicht gegeben, da nach dem Kommissionsvorschlag bestehende nationale Bargeldobergrenzen unterhalb der vorgesehenen Schwelle von 10.000 Euro ihre Gültigkeit behalten sollen.

Genauso obliegt es den Mitgliedstaaten, die Verwendung gesetzlicher Zahlungsmittel zu regeln und dabei die Verwendbarkeit der Euro-Banknoten und -Scheine als gesetzliches Zahlungsmittel zu bewahren. Eine einheitliche Regelung einer Barzahlungsobergrenze würde in diesen Gestaltungsspielraum und die Einschätzungsprärogative der nationalen Gesetzgeber eingreifen, die insbesondere die Europäische Zentralbank in der Vergangenheit immer wieder betont hat.

Solche Eingriffe wären bereits deshalb nicht zu rechtfertigen, weil es nach wie vor keine hinreichenden Belege für die Wirksamkeit einer Barzahlungsobergrenze gibt. Es fehlt der Nachweis, dass durch solche Obergrenzen, wie sie in einigen Mitgliedstaaten bereits existieren, organisierte Kriminalität, Terrorismusfinanzierung, Geldwäsche und Steuerhinterziehung tatsächlich eingeschränkt oder gar beseitigt werden können.

Nicht zuletzt würde die Einführung einer Barzahlungsobergrenze in die persönlichen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger, wie sie auch durch das europäische Recht geschützt sind, eingreifen. Außerdem würde diese zu Hemmnissen im Waren- und Dienstleistungsaustausch führen. Nicht zuletzt die Europäische Zentralbank betont den Stellenwert des Euros als Barzahlungsmittel für die Freiheit und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Die Einführung von europäischen Barzahlungsobergrenzen würde nicht nur die Verwendbarkeit der Euro-Scheine und -Münzen beschränken, sondern den Weg zu dem sprichwörtlich „gläsernen Menschen“ weiter ebnen. Durch die elektronische Nachverfolgbarkeit von unbaren Transaktionen würden die Gewohnheiten, Vorlieben, Neigungen und Wünsche des Einzelnen nachverfolgbar und könnten auch von Anbietern von Gütern und Dienstleistungen zur Bildung von Verbraucherprofilen herangezogen werden. Zudem würde die Einführung einer absoluten Bargeldobergrenze den Waren- und Dienstleistungsaustausch in den Fällen behindern, bei denen Bargeld als Sicherheitsmittel dient.

Neben der bayerischen Staatsregierung (vgl. Positionspapier vom 30. Mai 2017 zur EU-Konsultation „Beschränkungen für Barzahlungen“) hat sich auch der Bayerische Landtag stets gegen die Einführung von Barzahlungsobergrenzen ausgesprochen (vgl. Beschluss des Bayerischen Landtags vom 17. Februar 2016 betreffend „Keine Obergrenzen bei Bargeldzahlungen“; Beschluss des Bayerischen Landtags vom 17. Februar 2016 betreffend „Barzahler sind keine Verbrecher“; Beschluss des Bayerischen Landtags vom 12. April 2016 betreffend „Verfassungswidrige Bargeldobergrenzen verhindern – Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen“). Zuletzt hat der Bayerische Landtag diese Haltung in seinem Beschluss vom 14. Oktober 2021 „Bargeld erhalten – Keine Begrenzung der Bargeldzahlung“ nochmals ausdrücklich mit Blick auf den Verordnungsvorschlag bekräftigt.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Fraktionslose sehe ich heute keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Subsidiarität
 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung
 COM(2021) 420 final
 BR-Drs. 739/21
 Drs. 18/18482, 18/18546

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP), Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer u.a. und Fraktion (SPD)
Bayerischen Rettungsschirm für therapeutische Einrichtungen der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung aufsetzen!
Drs. 18/15977, 18/18412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Potenzial der Kindertagespflege ausschöpfen:
Rahmenbedingungen strukturiert erfassen!
Drs. 18/16290, 18/18398 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt VI – Würdevolle und wertschätzende Behandlung der Opfer von rechten Terroranschlägen durch die für Hilfsleistungen zuständigen Behörden
Drs. 18/16515, 18/18399 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Eric Beißwenger, Sandro Kirchner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Social Entrepreneurship sichtbar machen und unterstützen
Drs. 18/16543, 18/18509 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Potenzial in der Gastronomie freisetzen – Arbeit auf Abruf für Gastronomen und Beschäftigte erleichtern
Drs. 18/16552, 18/18510 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Mit Nächstenliebe Kinderwunsch erfüllen
Drs. 18/16570, 18/18465 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Potenzial in der Gastronomie freisetzen – Flexible Wochenarbeitszeit einführen
Drs. 18/16574, 18/18511 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Michael Busch u.a. SPD
Erstattung pandemiebedingter Nebenkosten für alle sozialen Träger in Bayern
Drs. 18/16603, 18/18405 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer, Michael Busch u.a. SPD
Öffnung der Förderrichtlinie SeLA für aufsuchende Seniorenarbeit
Drs. 18/16604, 18/18406 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Keine Förderung schwimmender PV-Anlagen – Gewässerökologie und Landschaftsbild nicht der Energiewende opfern
Drs. 18/16669, 18/18500 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Beteiligung von Abgeordneten des Landtags an der Arbeit des Bündnisses für frühkindliche Bildung
Drs. 18/16726, 18/18407 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Kindertagespflege in die Arbeit des Bündnisses für frühkindliche Bildung einbeziehen
Drs. 18/16727, 18/18408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Elternbeteiligung im Bündnis für frühkindliche Bildung stärken
Drs. 18/16728, 18/18409 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jugend und Subkultur nicht in die Illegalität drängen – Unbestuhlte Veranstaltungen im Außenbereich erlauben und Öffnungsstrategie für unbestuhlte Musikveranstaltungen in Innenräumen gemeinsam mit den Betroffenen entwickeln
Drs. 18/16785, 18/18422 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Florian Ritter, Klaus Adelt u.a. SPD
Für eine Interessenvertretung auf Augenhöhe:
Stärkung der Personalvertretungen in Bayern
Drs. 18/16820, 18/18164 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

25. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Doris Rauscher, Michael Busch u.a. SPD
Der Start muss gelingen – Erst- und Zweitklässler besonders unterstützen
Drs. 18/16821, 18/18456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

29. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Gerd Mannes, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Stabile Altersvorsorge sichern –
BayernFonds in einen kapitalgedeckten Staatsfonds umwandeln
Drs. 18/16869, 18/18512 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit I – Parlamentarische
Partnerschaft und Regierungszusammenarbeit auf neue Ebene heben
Drs. 18/16880, 18/18367 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit II –
Kulturelle und wirtschaftliche Chancen der Grenzregion nutzen,
Sprachoffensive starten
Drs. 18/16881, 18/18368 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit III –
Grünes Band zum interkulturellen Ort der Begegnung und
gemeinsamen Umweltschutzprojekt entwickeln
Drs. 18/16882, 18/18369 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit IV –
Studie zum Kooperationspotential im Gesundheitssektor
Drs. 18/16883, 18/18370 (A)

Antrag der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion

Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit V –
Hochschulkooperation ausweiten
Drs. 18/16884, 18/18371 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisch-Tschechische Zusammenarbeit VI –
Lagebericht über finanzielle Förderung
Drs. 18/16885, 18/18372 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
BayernFonds und Bayerische Finanzagentur I
Drs. 18/16917, 18/18514 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
BayernFonds und Bayerische Finanzagentur II
Drs. 18/16918, 18/18515 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Palliativ- und Hospizversorgung verbessern I:
Palliativbeauftragte als Regelleistung der gesetzlichen Krankenversicherung
Drs. 18/16925, 18/18466 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

39. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Palliativ- und Hospizversorgung verbessern II:
Ambulante palliative Versorgungsstrukturen evaluieren
Drs. 18/16926, 18/18467 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

40. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Palliativ- und Hospizversorgung verbessern III:
Regionale Vernetzung fördern
Drs. 18/16927, 18/18468 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konzept, Ausschreibungs- und Vergabefahren Reichsparteitagsgelände und Rundbausegment Kongresshalle
Drs. 18/17059, 18/18459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und -bewerber einführen
Drs. 18/17063, 18/18212 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fitness- und Gesundheitszustand im Schulsport erfassen
Drs. 18/17065, 18/18460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über künftige Nutzung der Hans-Albers-Villa durch TUM,
vertraglich gesicherte Nutzungsmöglichkeit für Kulturverein
Garatshausen und öffentliche Zugänglichkeit der Parkanlage
Drs. 18/17067, 18/18492 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Lehrkräfte mit Flucht- und Migrationshintergrund gewinnen
Drs. 18/17068, 18/18461 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU
Heuschnupfen – Prävention ausbauen – Betroffene unterstützen
Drs. 18/17085, 18/18469 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

50. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Musische Gymnasien in Bayern stärken – Wertschätzung für junge Musikerinnen und Musiker zum Ausdruck bringen
Drs. 18/17090, 18/18462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU
Sektoren überwinden – Rechtsgrundlage für sektorenverbindende Versorgung schaffen
Drs. 18/17190, 18/18470 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bericht zu Sicherheitslücken im Videokonferenztool Visavid
Drs. 18/17193, 18/18463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

53. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Einheitliche Weisungen zum Schutz des Kindeswohls während und nach Asylverfahren
Drs. 18/17208, 18/18213 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
 Programm zur Aufnahme von geflüchteten Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden
 Drs. 18/17223, 18/18216 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

58. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Für ein modernes Personalvertretungsrecht in Bayern
 Drs. 18/17866, 18/18168 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>